©Oberösterreichischer Musealverein - Gesellschaft für Landeskunde; download unter www.biologiezentrum.at

Jb. Oö. Mus.-Ver.	Bd. 148/I	Linz 2003

OBERÖSTERREICH-PATRIOTISMUS VERSUS DEUTSCHES SELBSTBEWUSSTSEIN

Auseinandersetzungen über die Effizienz der oberösterreichischen Landesverwaltung nach dem „Anschluss"

Von Walter Schuster

In der österreichischen Zeitgeschichtsforschung herrscht weitgehende Einigkeit, dass die Zeit der NS-Herrschaft wesentlich zur Entwicklung einer „österreichischen Nation" beigetragen hat.[1] Vor 1938 fühlten sich die Österreicher überwiegend als Deutsche, Deutschösterreicher oder österreichische Deutsche.[2] Die Politik des autoritären „Ständestaates" lief darauf hinaus, Österreich als besseren deutschen Staat zu präsentieren.[3]

Bald nach dem „Anschluss" begannen österreichische Nationalsozialisten unter der „Verpreußung" und einer so empfundenen deutschen Überheblichkeit zu leiden.[4] Die Auslöschung des Namens Österreich wie auch die Umbenennung von Nieder- und Oberösterreich in Nieder- und Oberdonau stieß selbst bei eifrigen Nationalsozialisten auf Unverständnis.[5] Besonders negativ registrierte man im „angeschlossenen" Österreich, dass öffentliche Spitzenpositionen vielfach von Reichsdeutschen eingenommen wurden.[6] In Oberdonau gelangten etwa die SA, aber auch das Arbeitsamt unter reichsdeutsche Führung, was bewirkte, dass noch weitere Mitarbeiter aus dem „Altreich" geholt wurden.[7] Von deutscher Seite wurden das Arbeitstempo und die

1 Christoph Berger Waldenegg, Das große Tabu! Historiker-Kontroversen in Österreich nach 1945 über die nationale Vergangenheit. In: eForum zeitGeschichte 1/2002, http://-www.eforum-zeitgeschichte.at, Download 10. 12. 2003, 39 S., hier 22.

2 Berger Waldenegg, Großes Tabu (wie Anm. 1), 22.

3 Anton Staudinger, Zur „Österreich"-Ideologie des Ständestaates. In: Das Juliabkommen von 1936. Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen. Hrsg. von Ludwig Jedlicka und Rudolf Neck. Wien 1977, bes. 238–240; Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (Österreichische Geschichte 1890–1990). Wien 1994, 161.

4 Ernst Hanisch, Ein Versuch, den Nationalsozialismus zu „verstehen." In: Das große Tabu. Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit. Hrsg. von Anton Pelinka und Erika Weinzierl. Wien 1987, 160; ders., Schatten (wie Anm. 3), 162.

5 Franz Langoth, Kampf um Österreich. Erinnerungen eines Politikers. Wels 1951, 30 und 245 f.

6 Hans Mommsen, Bemerkungen zu dem Beitrag von Gerhard Botz. In: Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des „Anschlusses" vom März 1938 (Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte Österreichs 16). Hrsg. von Gerald Stourzh und Brigitta Zaar. Wien 1990, 461; Langoth, Kampf um Österreich (wie Anm. 5), 30 und 245 f.

7 Vgl. Harry Slapnicka, Selbstbewußtsein, Landesbewußtsein, Staatsbewußtsein und Österreichbewußtsein in Oberösterreich im Wandel. In: Liebe auf den zweiten Blick. Landes- und Österreichbewußtsein nach 1945 (Geschichte der österreichischen Bundesländer Supplementband 1). Hrsg. von Robert Kriechbaumer. Wien-Köln-Weimar 1998, 116 f.

©Oberösterreichischer Musealverein - Gesellschaft für Landeskunde; download unter www.biologiezentrum.at

kapitalistische Leistungsgesellschaft in Deutschland bewusst als Gegenbild zum österreichischen Schlendrian propagiert.[8]

Bisher ging man in der Forschung vor allem davon aus, dass die Beamten der aufgelösten bzw. degradierten Zentralbehörden der verlorenen Selbstständigkeit bzw. Sonderstellung Österreichs nachgetrauert hätten. In den Bürokratien der Bundesländer sei jedoch durch die Loslösung von Wien eher die Regimeakzeptanz gesteigert worden.[9] Tatsächlich dürfte die Freude über die Unabhängigkeit von Wien bald einer Ernüchterung über den von Berlin vertretenen Zentralismus gewichen sein.[10]

„Reichsdeutsche" Meinungen über die österreichische Verwaltung

In einem internen Bericht des Reichsministeriums des Innern vom Dezember 1938 über „Personalfragen in der Ostmark" wurden die öffentlich Bediensteten der österreichischen Bundesländer als „übermässig örtlich gebundene und damit erstarrende Bürokratie" charakterisiert, „die jeden Beamten eines anderen Landes in ihren Reihen als ‚Fremden' ansah." So könne man nicht von einer österreichischen Beamtenschaft sprechen, sondern nur von einer niederösterreichischen, oberösterreichischen, steiermärkischen usw.[11] In einem anderen Bericht vom November 1938 wurde davon gesprochen, dass die Landeshauptleute der Ostmark in der Person des Reichsstatthalters Seyß-Inquart „eine gesamt-österreichische Vertretung" sehen, „die in ganz betonter Weise bei Meinungsverschiedenheiten mit Berlin angerufen wird."[12]

Die frühere Abneigung gegenüber den Wiener Zentralstellen – so die reichsdeutschen Berichte nach Berlin – sei nahtlos auf Berlin übertragen worden. Man wolle auch im neuen Gau unter sich bleiben, ohne Einfluss der Umwelt: „Österreich den Österreichern! Oberdonau den Oberdonauern!"[13] „Die alte oberösterreichische Taktik des Spielens mit den Bundesstellen in Wien" sei unter veränderten Gesichtspunkten auch gegenüber Berlin fortgesetzt worden.[14]

8 Hanisch, Versuch (wie Anm. 4), 156.

9 Vgl. Gerhard Botz, Zwischen Akzeptanz und Distanz. Die österreichische Bevölkerung und das NS-Regime nach dem „Anschluss." In: Österreich, Deutschland und die Mächte (wie Anm. 6), 453.

10 Slapnicka, Selbstbewußtsein (wie Anm. 7), 127.

11 Bundesarchiv Berlin, Reichsministerium des Innern, R 1501 Personalabteilung/410, Personalfragen in der Ostmark, 10. Dezember 1938, 3.

12 Ebenda, R 1501 Personalabteilung/463, Bericht des Kreisdirektors Dr. Koch vom 24. November 1938, fol. 51.

13 Ebenda, R 1501 Personalabteilung/410, Personalfragen in der Ostmark, 10. Dezember 1938, 11 f.

14 Ebenda, R 1501 Personalabteilung/463, fol. 92', Kreisdirektor Dr. Koch an Ministerialrat Dr. Dellbrügge am 9. Juni 1938.

©Oberösterreichischer Musealverein - Gesellschaft für Landeskunde; download unter www.biologiezentrum.at

Illustriert wurde dieser Vorwurf eines Oberösterreich-Patriotismus mit der Bemerkung des Gauleiters und Landeshauptmannes August Eigruber, der die Berufung von höheren Beamten aus dem „Altreich" in die angeschlossenen sudetendeutschen Gebiete angeblich damit quittiert hatte, „das könne sich die sudetendeutsche Bevölkerung nicht gefallen lassen, das Reichsinnenministerium hole hier das nach, was es in Österreich vergessen habe."[15]

In Berlin hatte man Prinzipielles an der österreichischen Beamtentradition auszusetzen: Man kritisierte den juristischen Experten, der „ohne Gesetz und Paragraphen" nicht vorstellbar sei. Dieser achte nicht auf die Bedürfnisse der Bevölkerung, sondern nur auf die Anwendung der vorhandenen Rechtsnormen. Ein Verwaltungsbeamter mit praktischem Sinn und geringeren Rechtskenntnissen gelte lange nicht so viel wie ein weltfremder Theoretiker.[16]

Die Landesverwaltungen seien gegenüber vergleichbaren Behördenapparaten des „Altreichs" überbesetzt, was mit der unzureichenden Geschäftsaufteilung und der Arbeitsmethode in Österreich in Zusammenhang stehe. Der Verwaltungsbeamte der Landeshauptmannschaft sei „zu stark im juristischen Denken befangen und geht z. B. bei Beschwerdesachen zunächst davon aus, zu prüfen, ob die Unterinstanz den abstrakten juristischen Gesichtspunkten genügend Rechnung getragen hat."[17]

Insgesamt gab die Verwaltung Oberdonaus ein rückschrittliches Bild für Berlin ab. So würden sich die Bezirkshauptleute gegen die Anschaffung von Dienstwagen wehren, weil sie wegen der verkürzten Außendienstfahrten den Wegfall von Diäten befürchteten. Den Nachteil, nicht alle Gemeinden besuchen zu können, würden sie jedoch ohne weiteres in Kauf nehmen.[18]

Von der Kritik reichsdeutscher Stellen im Reichsministerium des Innern ausgenommen blieb als einziger österreichischer Regierungsdirektor (= Landesamtsdirektor, höchster Beamter der Landesverwaltung) nur der Oberösterreicher Dr. Adolf Eigl.[19] Freilich hing dies zum Teil auch damit zusammen, dass er den aus Berlin abgeordneten Beamten des Reichsministerium des Innern ermöglichte, „tiefer in die Verhältnisse einzudringen."[20] Eigls Effizienz wurde zwar gelobt, aber – gemessen an deutschen Kriterien der Verwaltungsführung – auch mit Befremden registriert:

15 Ebenda, R 1501 Personalabteilung/463, Bericht des Kreisdirektors Dr. Koch vom 24. November 1938, fol. 46.

16 Ebenda, fol. 38.

17 Bundesarchiv Berlin, R 1501 Personalabteilung/410, Personalfragen in der Ostmark, 10. Dezember 1938, 6.

18 Ebenda, R 1501 Personalabteilung/463, Bericht des Kreisdirektors Dr. Koch vom 24. November 1938, fol. 45.

19 Ebenda, R 1501 Personalabteilung/410, Personalfragen in der Ostmark, 10. Dezember 1938, 20.

20 Bundesarchiv Berlin, R 1501 Personalabteilung/463, Bericht des Kreisdirektors Dr. Koch vom 24. November 1938, fol. 25 f.

©Oberösterreichischer Musealverein - Gesellschaft für Landeskunde; download unter www.biologiezentrum.at

„Dabei ist es ein Glück, dass der Regierungsdirektor die Belange der staatlichen Verwaltung immer wieder mit grossem Geschick vertritt. Das geschieht dann manchmal auch unter Anwendung von Kniffen und Mitteln, die im Altreich nicht üblich sind, in Österreich aber als Verwaltungskunst gelten. So gilt denn auch in Österreich der Verwaltungsbeamte als besonders tüchtig, der in dieser Hinsicht erfinderisch ist und dem es gelingt, erlaubte, ja sogar erwünschte und notwendige Massnahmen gegen den Willen oder ohne Wissen der vorgesetzten Dienststelle durchzusetzen."[21]

Im Reichsministerium des Innern wunderte man sich über den Erfindungsgeist in der oberösterreichischen Verwaltung: Ein Bezirkshauptmann, der zwar über einen Dienstwagen, aber kein Geld für Benzin verfügte, stellte sein Büropersonal für eine Gebühr von zwei Reichsmark als Trauzeugen zur Verfügung. In einem anderen Fall wurde der benötigte, aber nicht genehmigte Kraftfahrer gegenüber den vorgesetzten Stellen als Lithograph deklariert, weil eine solche Stelle gerade frei war.[22]

Das Ergebnis der Überprüfung der Verwaltung Oberdonaus durch die Abgesandten des Reichsinnenministers vermittelte den Eindruck einer desorientierten Landeshauptmannschaft: So wurde in einer Bezirkshauptmannschaft ein „politisch unzuverlässiger" Beamter zwar vom Dienst enthoben, dennoch konnte er sein Referat – ohne Wissen der vorgesetzten Behörde – weiterbearbeiten. Allerdings durfte er niemanden empfangen. „Selbstverständlich" hielt man seine weitere Dienstausübung auch vor der betreffenden Kreisleitung geheim.[23] In einem anderen Fall wurde ein enthobener Bezirkshauptmann von seinem Kollegen in der benachbarten Bezirkshauptmannschaft als Stenograph eingesetzt.[24]

Die aus dem „Altreich" in die oberösterreichische Landesverwaltung abkommandierten Beamten trugen ihre Versetzung mit einer Art Galgenhumor, wie aus einer Bemerkung des Regierungsassessors der BH Rohrbach, Eichler, an den Kreisdirektor Dr. Koch zu erkennen ist: „Von Ihnen habe ich gelernt, daß man hier verschiedenes mit viel Humor ansehen muß, um sich nicht zu sehr zu ärgern."[25]

Maßnahmen des „Altreichs"

Im Reichsministerium des Innern sah man in der Zerschlagung der „landsmannschaftlich" organisierten bürokratischen Apparate der österreichischen

21 Ebenda, fol. 30 f.
22 Ebenda, fol. 31.
23 Ebenda, fol. 31 f.
24 Ebenda, fol. 32.
25 Bundesarchiv Berlin, R 1501 Personalabteilung/463, fol. 126, Regierungsassessor Eichler an Kreisdirektor Dr. Koch am 25. November 1938. 1939 scheint der Regierungsassessor Friedrich Eichler bereits als Landrat des Kreises Kaplitz auf (vgl. Amtskalender für den Gau Oberdonau für das Jahr 1939. Linz 1939, 64).

©Oberösterreichischer Musealverein - Gesellschaft für Landeskunde; download unter www.biologiezentrum.at

Bundesländer die Lösung, um den Widerstand der Österreicher zu brechen.[26]

Bereits Anfang Mai 1938 entsandte das Reichsministerium des Innern den Kreisdirektor Dr. Hans-Reinhard Koch zur Dienstleistung in die Landeshauptmannschaft für Oberösterreich. Er trat den Dienst gemeinsam mit einem reichsdeutschen Kollegen am 3. Mai in Linz an.[27] Offiziell war er mit dem Aufbau des Reichsverteidigungsreferates beauftragt. Zudem sollte er dem Landeshauptmann und dessen Beamten „als Auskunftsperson und Berater" zur Verfügung stehen. In Wahrheit lag seine Aufgabe darin, Vorschläge für Maßnahmen – auch personeller Natur – zu unterbreiten, die das Berliner Ministerium gegenüber der oberösterreichischen Verwaltung setzen sollte.[28]

Der 35-jährige studierte Jurist Koch galt aus der Sicht des NS-Regimes in politischer Hinsicht zweifellos als äußerst zuverlässig: 1931, schon zwei Jahre vor der NS-„Machtergreifung," war er der NSDAP beigetreten.[29] Zudem war er auch Mitglied der SS. Als er nach Oberdonau kam, bekleidete er den Rang eines SS-Hauptsturmführers, mit 9. November 1938 wurde er zum SS-Sturmbannführer befördert. Später brachte er es noch zum SS-Oberführer. Seine Dienststellung befand sich im SD-Hauptamt (SD = Sicherheitsdienst der SS).[30] 1934–1938 fungierte er als Kreisdirektor in Offenbach am Main, was der Funktion eines Landrates entsprach.[31] Nach seiner Dienstleistung in Österreich war Koch ab November 1938 im Reichskommissariat für die sudetendeutschen Gebiete in Reichenberg mit dem Aufbau der Abteilung Innere Verwaltung betraut.[32] Mit 1. Mai 1939 kehrte er in sein Amt als Kreisdirektor in Offenbach zurück, um schon im August 1939 eine Berufung als Regierungspräsident des Landes Tirol (ab Mai 1940 des Reichsgaues Tirol und Vorarlberg) zu erfahren.[33] Im März 1941 wurde Koch nach Norwegen versetzt und

26 Bundesarchiv Berlin, R 1501 Personalabteilung/410, Personalfragen in der Ostmark, 10. Dezember 1938, 19.

27 Ebenda, R 1501 Personalabteilung/451, Kreisdirektor Dr. Koch an Reichsministerium des Innern am 3. Mai 1938. Zu Vorname und Geburtsdatum von Koch siehe Stadtarchiv Offenbach, Personalblatt Dr. Hans-Reinhard Koch.

28 Bundesarchiv Berlin, R 1501 Personalabteilung/463, Bericht des Kreisdirektors Dr. Koch vom 24. November 1938, fol. 23.

29 Ebenda, R 1501 Personalabteilung/782, Aktenvermerk des Reichsministeriums des Innern vom 12. Oktober 1938.

30 Vgl. Dienstaltersliste der Schutzstaffel der NSDAP (SS). Stand vom 1. Dezember 1938. Hrsg. von Brün Meyer. Unveränderter Nachdruck Osnabrück 1996, 88 f., Nr. 1840; Schriftliche Mitteilung von Dr. Wilfried Beimrohr, Tiroler Landesarchiv, vom 3. November 2003 an den Autor.

31 Bundesarchiv Berlin, R 1501 Personalabteilung/782, Aktenvermerk des Reichsministeriums des Innern vom 12. Oktober 1938.

32 Ebenda, R 1501 Personalabteilung/782, Reichsministerium des Innern an Reichskommissar am 15. Oktober 1938; ebenda, R 1501 Personalabteilung/463, fol. 52, Aktenvermerk vom 2. Dezember 1938; Stadtarchiv Offenbach, Zeitungsdokumentation, Offenbacher Nachrichten, 2. September 1939, „Landrat Dr. Koch nach Innsbruck berufen."

33 Stadtarchiv Offenbach, Zeitungsdokumentation, Offenbacher Nachrichten, 2. September 1939, „Landrat Dr. Koch nach Innsbruck berufen;" Schriftliche Mitteilung von Dr. Wilfried Beimrohr, Tiroler Landesarchiv, vom 3. November 2003 an den Autor.

©Oberösterreichischer Musealverein - Gesellschaft für Landeskunde; download unter www.biologiezentrum.at

fand dort bis Kriegsende als Leiter der inneren Verwaltung beim dortigen Reichskommissariat Verwendung.[34]

Für Oberdonau schlug Koch dem Reichsinnenministerium vor, dass bei jeder Bezirkshauptmannschaft ein höherer Beamter aus dem „Altreich" eingesetzt werde, der zumindest Stellvertreter des Bezirkshauptmannes sein sollte. Aber auch der Stellvertreter des Landeshauptmanns sollte unbedingt „ein hochqualifizierter Verwaltungsbeamter aus dem Altreich" werden.[35]

Selbstgefällig stellten die reichsdeutschen Verwaltungsexperten fest, dass in Oberdonau diejenigen Organisationen die besten seien, bei denen „rücksichtslos" Personal aus dem „Altreich" eingesetzt worden sind. Als leuchtende Beispiele wurden die Wehrmacht, die Staatspolizei und die SS angeführt.[36]

Auch der aus dem „Altreich" nach Oberdonau entsandte 28-jährige Verwaltungsbeamte Friedrich Eichler passte offenbar in das Anforderungsprofil für nationalsozialistische Beamte. Seit 20. Juli 1938 Regierungsassessor der BH Rohrbach, wurde er im Jänner 1939 zur neu eingegliederten BH Kaplitz abgeordnet und mit 1. Mai 1939 zum Regierungsrat befördert, um schließlich im September 1939 zum Landrat des Kreises Kaplitz ernannt zu werden.[37]

Als Versuch der Berliner Stellen, die Macht des Gauleiters Eigruber zu beschneiden, ist die Bestellung von reichsdeutschen Regierungspräsidenten (Ende September 1939 Hans von Helms und Ende September 1941 Dr. Günther Palten) als seine Stellvertreter in der staatlichen Verwaltung Oberdonaus zu werten.[38]

Die Reaktion österreichischer Nationalsozialisten

Österreichische Spitzenbeamte ließen es offenbar nicht an Selbstbewusstsein gegenüber reichsdeutschen Kollegen fehlen: Sprüche wie „Wir sind alle froh, wenn die Herren aus dem Altreich verschwinden" oder „Sie sind nur Gäste in Österreich, die sich nach den dortigen Verwaltungsmethoden zu

34 Schriftliche Mitteilung von Dr. Wilfried Beimrohr, Tiroler Landesarchiv, vom 3. November 2003 an den Autor. 1955 betrieb Koch eine Rechtsanwaltskanzlei in Bonn.

35 Bundesarchiv Berlin, R 1501 Personalabteilung/463, Bericht des Kreisdirektors Dr. Koch vom 24. November 1938, fol. 43 und 45.

36 Ebenda, fol. 48.

37 Amt der oö. Landesregierung, Personalabteilung, Personalakt Friedrich Eichler, Bundesministerium für Inneres an Präsidium des Amtes der oö. Landesregierung am 15. November 1950; Amtskalender Oberdonau 1939 (wie Anm. 25), 64. Eichler wurde am 7. Mai 1910 in Königsberg geboren und tat vor 1938 im Landgericht Königsberg und in der Regierung in Minden Dienst (vgl. ebenda, Bundesministerium für Inneres an Amt der oö. Landesregierung am 10. März 1952). Im Sommer 1940 wurde er als Kriegsverwaltungsrat nach Frankreich versetzt, vom 5. April 1941 bis Kriegsende war er (ab 27. September 1943 als Leutnant) zum Kriegsdienst eingerückt (ebenda, Vormerkblatt für Wehrdienst, Stand: 1942; ebenda, Amtsbestätigung vom 8. August 1949).

38 Harry Slapnicka, Oberösterreich – als es „Oberdonau" hieß (1938–1945) (Beiträge zur Zeitgeschichte Oberösterreichs 5). Linz 1978, 63 f. und 373.

©Oberösterreichischer Musealverein - Gesellschaft für Landeskunde; download unter www.biologiezentrum.at

richten haben," wurden dem Berliner Reichsministerium des Innern berichtet.[39] Die Hoffnungen richteten sich auf ein „Reichsministerium Seyß-Inquart – Dienststelle Wien", das nach Auflösung der Zentralbehörden in Wien errichtet werden sollte, um die „österreichischen Belange" zu wahren.[40]

Bereits nach einem halben Jahr des Einsatzes reichsdeutscher Beamter in der Landeshauptmannschaft vertrat August Eigruber die Auffassung, „dass Berlin sich nicht in rein österreichische Angelegenheiten einmischen dürfe."[41] Der Landeshauptmann (ab 1940 Reichsstatthalter) und Gauleiter war bestrebt, unumschränkter Herrscher in „seinem" Gau zu sein, und wandte sich deshalb gegen jegliche Einmischung aus Berlin – und sei es von Himmler oder Goebbels.[42] In diesem Bestreben blieb er, der als einziger „illegaler" Gauleiter seine Position auch nach dem „Anschluss" halten hatte können, nicht zuletzt wegen seines direkten Kontakts zum „Führer" relativ erfolgreich.[43] Der Gauleiter von Oberdonau schreckte schließlich auch nicht davor zurück, gemeinsam mit anderen „österreichischen" Amtskollegen massiv gegen das Reichsministerium des Innern mobil zu machen.[44]

Eigruber setzte sich für die Abordnung von oberösterreichischen Beamten in die angrenzenden südtschechischen Bezirke ein, um so deren Angliederung an Oberösterreich vorzubereiten. Dass er dabei nicht zurückschreckte – offenbar aus Mangel an geeignetem Personal,– solche potenzielle Amtsträger zu benennen, deren politische Zuverlässigkeit und Belassung im Amt er zuvor noch verneint hatte, stieß im Berliner Reichsinnenministerium auf Irritationen.[45]

Landeshauptmannstellvertreter Rudolf Lengauer wiederum ließ Anordnungen aus dem Reichsinnenministerium unbeachtet. Obwohl sich Staatssekretär Dr. Stuckart bei seinem Besuch in Linz klar gegen die Berufung von – offenbar einheimischen – Nicht-Verwaltungsbeamten zu Bezirkshauptleuten ausgesprochen hatte (weil man weder dem Staat noch der Partei etwas Gutes

39 Bundesarchiv Berlin, R 1501 Personalabteilung/410, Personalfragen in der Ostmark, 10. Dezember 1938, 14.

40 Ebenda.

41 Bundesarchiv Berlin, R 1501 Personalabteilung/463, Bericht des Kreisdirektors Dr. Koch vom 24. November 1938, fol. 47.

42 Vgl. etwa Bundesarchiv Berlin, Sonderauftrag Linz, NS 6/160, Bericht der Sicherheitspolizei und des SD an Himmler über eine Rede Eigrubers, 31. Dezember 1942; ebenda, Himmler an Bormann, 14. Jänner 1943; Hanns Kreczi, Linzer Kulturpolitik miterlebt (1938–1947). In: Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 1991 (1992), 176.

43 Zur Machtfülle des Reichsstatthalters siehe Slapnicka, Oberdonau (wie Anm. 38), 29, 31 f. und 62 ff., sowie Walter Schuster, Aspekte nationalsozialistischer Kommunalpolitik. In: Nationalsozialismus in Linz 1. Hrsg. von Fritz Mayrhofer und Walter Schuster. Linz 2001, 205 f.

44 Slapnicka, Oberdonau (wie Anm. 38), 63.

45 Bundesarchiv Berlin, R 1501 Personalabteilung/463, Bericht des Kreisdirektors Dr. Koch vom 24. November 1938, fol. 28 f.

©Oberösterreichischer Musealverein - Gesellschaft für Landeskunde; download unter www.biologiezentrum.at

damit tue), erklärte Lengauer wider besseren Wissens, der Staatssekretär habe derartige Berufungen genehmigt.[46]

Nach einer im Reichsministerium des Innern kolportierten Darstellung begegneten die Verwaltungsspitzen der österreichischen Bundesländer den zu ihnen vom „Altreich" entsandten Reichsverteidigungsreferenten und anderen Beamten äußerst unfreundlich, wobei sich dabei die Länder Salzburg, Niederösterreich und Oberösterreich besonders hervortaten: Man stellte keine Kraftwagen zur Verfügung, genehmigte keine Dienstreisen, zog die Altreichsbeamten zu wichtigen Besprechungen nicht bei und konterkarierte deren Anweisungen mit vertraulichen Gegenverfügungen.[47]

In Oberösterreich wehrten sich die führenden Parteigenossen gegen eine weitergehende Einbindung des aus Berlin abgeordneten Kreisdirektors Dr. Koch in die Angelegenheiten der Landeshauptmannschaft, weil man eine größere Einflussnahme des Reichsinnenministeriums auf die eigenen Belange fürchtete.[48] Der Regierungsdirektor Eigl wurde – vielleicht gerade wegen seiner großen Kooperationsbereitschaft mit den Kollegen aus Berlin – von „oberösterreichischen" Parteigenossen in der Landesregierung „geschnitten" und an wichtigen Verwaltungsgeschäften nicht beteiligt.[49] Gauleiter und Landeshauptmann Eigruber, der Koch seine vollste Unterstützung versichert hatte, ließ diesen im Ernstfall – wie während der Mobilmachung der Tschechoslowakei im Mai 1938 sowie während der „Sudetenkrise" im September 1938 – uninformiert, kritisierte aber umgekehrt dessen selbstständige Erledigungen.[50]

Obwohl sich Eigruber und Koch prinzipiell einig waren, dass man „die schwarzen Zigeuner," gemeint waren die christlichsozialen Beamten der demokratischen Ersten Republik sowie des „Ständestaates", nicht in der Verwaltung belassen könne,[51] verfolgte der Gauleiter seine eigene Personalpolitik. So setzte er sich für einheimische Verwaltungsfachleute (auch ohne NS-Vergangenheit) ein, denen er gegenüber reichsdeutschen Parteigenossen den Vorzug zu geben schien.[52] Der von ihm forcierte Regierungsdirektor Dr. Adolf Eigl galt als parteilos und früher den Großdeutschen nahestehend. Er hatte

46 Ebenda, R 1501 Personalabteilung/463, fol. 102, Bericht des Kreisdirektors Dr. Koch an Ministerialrat Dr. Dellbrügge (Auszug vom 19. Juli 1938).

47 Ebenda, R 1501 Personalabteilung/410, Personalfragen in der Ostmark, 10. Dezember 1938, 8 f.

48 Ebenda, R 1501 Personalabteilung/463, Bericht des Kreisdirektors Dr. Koch vom 24. November 1938, fol. 26 f.

49 Ebenda, R 1501 Personalabteilung/463, fol. 100, Kreisdirektor Dr. Koch an Ministerialrat Dr. Dellbrügge am 16. Juli 1938.

50 Ebenda, R 1501 Personalabteilung/463, Bericht des Kreisdirektors Dr. Koch vom 24. November 1938, fol. 27 f.

51 Ebenda, R 1501 Personalabteilung/463, fol. 99, Kreisdirektor Dr. Koch an Ministerialrat Dr. Dellbrügge am 16. Juli 1938.

52 So auch Slapnicka, Oberdonau (wie Anm. 38), 64. Vgl. auch Helmut Fiereder, Behörden des Reichsstatthalters in Oberdonau. In: Nationalsozialismus in Linz 1 (wie Anm. 43), 152 f.

©Oberösterreichischer Musealverein - Gesellschaft für Landeskunde; download unter www.biologiezentrum.at

Spitzenpositionen in der oberösterreichischen Verwaltung bereits in der Ersten Republik sowie im „Ständestaat" bekleidet.[53] Nach dem Erlass des Ostmarkgesetzes vom 14. April 1939 und dem Umbau der Verwaltung waren Eigl sogar frühere Mitglieder der nationalsozialistischen Landesregierung als nunmehrige Leiter von Hauptabteilungen unterstellt.[54] Seine Aufnahme in die NSDAP scheiterte jedoch daran, dass er vor 1938 Vorsitzender der Anthroposophischen Gesellschaft und Mitglied des Rotary Clubs gewesen war.[55] Aber selbst diese seinerzeitigen Funktionen Eigls hinderten den Gauleiter nicht, sich weiter gegenüber dem Reichsministerium des Innern und der Reichsleitung der NSDAP für den Betreffenden einzusetzen. Der Gauleiter erreichte seine weitere Verwendung in Spitzenpositionen der Verwaltung, u. a. sogar als Stellvertreter des Regierungspräsidenten.[56]

Noch ein weiteres Beispiel: Dr. Ernst Lyro, Leiter der Unterabteilung für Arbeit und Wirtschaft in der Landesverwaltung, war vor 1938 dem christlich-sozialen-katholischen Lager nahe gestanden und zudem noch Mitglied der Anthroposophischen Gesellschaft gewesen. Nachdem Beamte des „Altreichs" Lyros katholisch-konfessionelle Bindung kritisiert hatten und er außerdem noch an einem Treffen von ehemaligen Mitgliedern der nunmehr verbotenen Anthroposophischen Gesellschaft teilgenommen hatte, interessierte sich die Gestapo für ihn. Zwar wurde er als Führungskraft abberufen, sein Dienststrafverfahren endete jedoch bloß mit einem Verweis, was ohne Schutz des Gauleiters und Reichsstatthalters wohl nicht denkbar gewesen wäre.[57]

Schlussbetrachtung

Die Entstehung einer „österreichischen Nation" wurde in der Geschichtswissenschaft gedeutet als „eine kompensatorische Entwicklung zu der fortschreitenden Enttäuschung über die Zurücksetzung der Österreicher im nationalso-

53 OÖLA, Landesregierung, Personalakten vor 1900, Sch. 35, Dr. Adolf Eigl, Lebenslauf vom 16. Mai 1938; Harry Slapnicka, Die politische Führungsschicht ab 1945 (Beiträge zur Zeitgeschichte Oberösterreichs 12). Linz 1989, 53 f.

54 Slapnicka, Oberdonau (wie Anm. 38), 17; Fiereder, Behörden des Reichsstatthalters (wie Anm. 52), 160.

55 Bundesarchiv Berlin, ehem. BDC, Dr. Adolf Eigl, PK, Beschluss des Kreisgerichtes Linz-Stadt vom 27. November 1939; Bundesarchiv Berlin, Reichsministerium des Innern, R 1501 PA/6011, Personalakt Dr. Adolf Eigl, fol. 12–14, Vermerk vom 25. August 1939.

56 Bundesarchiv Berlin, Reichsministerium des Innern, R 1501 PA/6011, Personalakt Dr. Adolf Eigl, fol. 22, Eigruber an Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich am 15. September 1939; ebenda, fol. 38, Eigruber an Reichsminister des Innern am 12. August 1940; ebenda, Reichsminister des Innern an Eigruber am 19. September 1944.

57 Bundesarchiv Berlin, R 1501 PA/8821, Dr. Ernst Lyro, fol. 60, Fragebogen vom 11. August 1938; ebenda, fol. 8 f., Verhörprotokoll vom 22. November 1940; ebenda, fol. 50, Reichsminster des Innern an Lyro am 21. Mai 1941; ebenda, fol. 64, Aktenvermerk Böttcher vom 11. Oktober 1941; OÖLA, Politische Akten, Sch. 50, Ernst Lyro, Lebenslauf vom 14. August 1945.

©Oberösterreichischer Musealverein - Gesellschaft für Landeskunde; download unter www.biologiezentrum.at

zialistischen Herrschaftssystem und die weitgehende Zurückdrängung der landsmannschaftlichen Eigenständigkeit durch eine von Berlin her dirigierte und durch die reichsdeutschen Ministerien gelenkte Verwaltung."[58]

Die Forschungen über die Verwaltung des Landes Oberösterreich bzw. des Reichsgaues Oberdonau 1938–1945 stehen erst am Beginn.[59] Ob die etwa im September 1938 konstatierte schleppende Rechtsangleichung in Oberdonau[60] zumindest auch mit dem Widerstand von „österreichischen" Beamten erklärt werden kann, muss erst untersucht werden.

Die Ressentiments jedenfalls, die Österreicher gegenüber Deutschen bereits während der NS-Herrschaft empfanden, wurden nach dem Ende des „Großdeutschen Reiches" womöglich noch verstärkt. So verstand man die Entnazifizierung der Verwaltung – und hier trafen sich einheimische und amerikanische Interessen – vor allem als eine Säuberung von „Reichsdeutschen."[61] Beispielsweise wurde der oben erwähnte Friedrich Eichler als Beamter, der im März 1938 nicht österreichischer Staatsbürger gewesen war, mit 31. Mai 1945 aus dem Personalstand einfach ausgeschieden.[62]

Brachte die NS-Herrschaft für die österreichische Nationswerdung deutliche Impulse, galt dies offenbar nicht für die Verwaltung. Die schlechte Meinung, die Reichsdeutsche von der Effektivität und Effizienz der österreichischen Verwaltung gehabt hatten, wurde nach 1945 von Vertretern der US-Besatzungsmacht geteilt. Ende Dezember 1945 charakterisierte ein Experte des US-Geheimdienstes OSS die österreichische Bürokratie als „alt," „stolz" und extrem konservativ, wobei ihr vor allem Innovationsgabe und -eifer fehlen würden.[63]

58 Mommsen, Bemerkungen (wie Anm. 6), 460.

59 Als Pionierarbeit ist die Studie von Fiereder, Behörden des Reichsstatthalters (wie Anm. 52), bes. 150–161, zu bezeichnen.

60 Vgl. Fiereder, Behörden des Reichsstatthalters (wie Anm. 52), 151 f.

61 Josef Leidenfrost, Die amerikanische Besatzungsmacht und der Wiederbeginn des politischen Lebens in Österreich 1944–1947 Bd. 2. Geisteswiss. Diss. Wien 1986, 460 f. und 463 f.

62 Amt der oö. Landesregierung, Personalabteilung, Personalakt Friedrich Eichler, Amtsbestätigung vom 13. Dezember 1949. Eichler wurde nach 1945 im bayerischen Staatsdienst verwendet (vgl. ebenda, Bundesministerium für Inneres an Amt der oö. Landesregierung am 10. März 1952).

63 Siehe National Archives, RG 59, 740.0019 Cont. (Aust.)/12–2745, C. C. Sloane jr., Intelligence Summary No. 29, Appendix A, 27 December 1945, ed. Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik. Vertrauliche Berichte der US-Militäradministration aus Österreich 1945 in englischer Originalfassung. Hrsg. von Oliver Rathkolb. Wien-Köln-Graz 1985, 103.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: Jahrbuch des Oberösterreichischen Musealvereines

Jahr/Year: 2003

Band/Volume: 148a

Autor(en)/Author(s): Schuster Walter

Artikel/Article: Oberösterreich-Patriotismus versus deutsches Selbstbewusstsein - Auseinandersetzungen über die Effizienz der oberösterreichischen Landesverwaltung nach dem "Anschluss". 235-244